

# Bruchsaler Gemeinderat ringt ums Sparen

Die Finanzlage verdüstert sich zusehends / Mehrere Großprojekte sind aber bereits in vollem Gange

Von Christina Zäpfel

**Bruchsal.** 2025 kann kommen. Der Bruchsaler Gemeinderat hat die finanziellen Weichen für das nächste Jahr gestellt. Gegenüber der Einbringung des Haushalts durch OB und Kämmerer im Oktober hatte sich die Lage noch einmal drastisch verdüstert.

Die Konjunktur schwächtelt weiter. Steuereinnahmen könnten einbrechen. Die Kreisumlage steigt massiv. Kurzum: Die Rahmenbedingungen werden immer schwieriger. Das spiegelte sich auch in den Reden vieler Fraktionen wider.

Allein die Oktober-Steuerschätzung könnte den Bruchsaler Haushalt innerhalb von drei Jahren um gut acht Millionen Euro verschlechtern. Mehr Kredite sind nötig, dadurch steigt die Zinsbelastung.

Die Pro-Kopf-Verschuldung verdoppelt sich mal eben binnen eines Jahres fast und liegt 2025 bei 1.153 Euro. Zum Vergleich: die durchschnittliche Verschuldung in Baden-Württembergischen Gemeinden lag im Oktober 2024 bei 1.469 Euro.

Dabei leistet sich Bruchsal noch viel. Bislang sprudeln Einnahmen, etwa von großen Gewerbesteuerzahlern, noch kräftig. Erneut erreicht der Haushalt Rekordhöhen, wie Kämmerer Steffen Golka ausführt.

Er stellte das Gesamtvolumen von 178,2 Millionen Euro vor. Nachdem der Gemeinderat über diverse Anträge beraten hat, steht am Ende ein leicht verschlechtertes Plus von knapp 1,5 Millionen Euro. Die Netto-Neuverschuldung liegt bei 26 Millionen Euro.

Wohin fließt also das Geld? Die großen Investitionen sind bekannt, seit Jahren: Die Sanierung der Albert-Schweitzer-Realschule kostet insgesamt 30 Millionen Euro, rekordverdächtig.

Der Bau des neuen Busbahnhofs ist seit wenigen Wochen nun im Gange. Er soll



Kein neuer Blitzler für Bruchsal. Die Anschaffung des Geräts war im Gemeinderat umstritten. Eine Mehrheit wollte sich die Anschaffung lieber sparen. Das sorgt aber auch für weniger Einnahmen für die Stadtkasse. Foto: Bernd Kamleitner (Archiv)

am Ende 13 Millionen Euro kosten. Viel Geld fließt in weitere Schul- und Kindergarten-Bauten.

Einer der größten Ausgaben-Posten ist, wie in den vergangenen Jahren, auch das stets wachsende Personal im Rathaus. Das außerdem auch noch bessere Löhne erwartet. Dieser Zuwachs sorgte für die meisten Diskussionen. Muss das wirklich sein? Wo bleibt die schlanke Verwaltung? Hilft die Digitalisierung nicht? OB und Verwaltung argumentieren stets damit, dass die Aufgaben für die Kommunen immer stärker wachsen. Neu ist zum Beispiel der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung an Grundschulen. Nicht alle Fraktionen wollten hinnehmen, dass das Personal einfach immer weiter

wächst. Sichtlich bemüht waren die Fraktionen, hier nach Sparpotenzial zu suchen. Das gelang am Ende nur mittelmäßig. Die Freien Wähler konnten sich mit ihrer radikalen Forderung, die Stellenzuwächse von 24 pauschal um die Hälfte zu kürzen, nicht durchsetzen. 700.000 Euro wollte man damit sparen. Das hatte Fraktionschef Roland Foos allerdings zur Voraussetzung gemacht, dem Haushalt zuzustimmen.

Am Ende wurde der Haushalt mit 24 Stimmen von CDU, SPD, Grünen, FDP/ UWV und Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (Grüne) verabschiedet. Dagegen stimmten neun Stadträte von Freien Wählern, AfD und Aufbruch Bruchsal.

Anträge zu Stelleneinsparungen führten am Ende zu 4,5 gestrichenen Stellen. So wird auf Antrag von CDU und AfD keine Dreiviertel-Stelle in der Integrationshilfe geschaffen. Die CDU überzeugte die Mehrheit mit ihrer gestrichenen neuen Stelle bei der Stadtbibliothek und eines halben technischen Zeichners. Die AfD reüssierte mit ihrem Wunsch, keine neue Stelle für einen Ehrenamtsbegleiter für Migranten neu zu schaffen, und die SPD sah Einsparpotenzial bei einer Stelle im Standesamt.

Warum aber verschlechterte sich nun das Ergebnis trotz dieser Einsparungen? Das lag vor allem an zwei erfolgreichen Anträgen. CDU und FDP/UWV überzeugten die Mehrheit des Rates davon,

## Haushalt 2025

### Haushalt

#### Ertrag Ergebnishaushalt

178,2 Mio. Euro (2024: 168,4 Mio.)

#### Aufwand Ergebnishaushalt

176,7 Mio. Euro (2024: 165,6 Mio.)

#### Geplante Darlehen

27,9 Mio. Euro (2024: 4,4 Mio. Euro)

#### Pro-Kopf-Verschuldung

1.153 Euro (2024: 607 Euro)

### Investitionen

- Sanierung Albert-Schweitzer-Realschule: 9,2 Mio. Euro
- Neubau Multimodaler Knoten/ ZOB: 3,3 Mio. Euro
- Erweiterung Joß-Fritz-Schule Untergrombach: 1,9 Mio. Euro
- Sanierung Kindergarten St. Elisabeth Bruchsal: 1,3 Mio. Euro

keinen neuen Blitzler zu beschaffen. Der hätte zwar 190.000 Euro gekostet, aber auch 300.000 Euro in die Stadtkasse gespielt. Die SPD wiederum war erfolgreich mit ihrem Wunsch, 200.000 Euro jährlich für mehr Stadträn in die Hand zu nehmen.

Für die fraktionslose Stadträtin Dela Schmidt (Aufbruch Bruchsal) war der Haushalt nicht akzeptabel. Sie fürchtete galoppierende Kosten etwa bei durchaus begrüßenswerten Maßnahmen wie dem Busbahnhof. Außerdem sah sie Ausgaben für die Energiewende als „volkswirtschaftlich unverantwortlich“ an. Kritik übte sie außerdem am Projekt Efeu-Campus und den Roboter-Paketwägelchen. „Das Projekt war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.“ Der Jugendgemeinderat freute sich in seiner Stellungnahme über Investitionen in Schulen und in einen Skatepark. Joel-Martiss Machauer lobte zudem eine verbesserte Sportförderung.



**Werner Schnatterbeck**  
CDU

Es geht an die Substanz. Das ist die Analyse von Werner Schnatterbeck (Foto:

CDU). Die große Fülle an Aufgaben für die Kommunen sei nicht länger hinnehmbar. Als Beispiele nennt er: Rechtsansprüche auf Betreuung oder die Flüchtlingsunterbringung. Logisch sei daher, dass es immer mehr Personal brauche. Schnatterbeck nimmt Bezug auf die Bruchsaler Bildungslandschaft. 30 Millionen Euro alleine werden in die Sanierung der Realschule investiert. Eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden, die Schüler nach Bruchsal schickten, hielt die CDU immerhin für überprüfenswert. Beim Denkort Fundamente sieht die CDU die Stadt von der finanziellen Realität eingeholt. Man habe sich auf den Kern reduziert, begrüßt Schnatterbeck.



**Anja Krug**  
SPD

Krug sieht die Kommunen am Ende der finanziellen Nahrungskette. Wer bestellt, bezahlt, gelte längst nicht mehr. So sei die steigende Kreisumlage ein Schock. Nun liege der Schwerpunkt auf der Ausfinanzierung begonnener Projekte wie der Sanierung der Realschule, des Bahnhofsvorplatzes und des Kita-Neubaus auf dem Campus. Sorge bereiten der SPD die Obdachlosigkeit und ein Mangel an Pflegeplätzen. Unterstützung findet die Wohnbaugesellschaft in der SPD, etwa mit ihrem Projekt Schlossgartensiedlung. „Der Denkort Fundamente spielt für uns in der mittelfristigen Planung eine wichtige Rolle. Wir wünschen uns kein reines Ausstellungsgebäude, sondern einen Ort der Begegnung und der Frequenz“, so Krug (Foto: SPD).

Das Hochwasser war laut Krug ein dunkler Moment in der Stadtgeschichte. „Wir werden in den nächsten Jahren massiv in den Hochwasserschutz investieren.“



**Ruth Birkle**  
Grüne

Ökologische und soziale Projekte stehen für die Grünen-Fraktion ganz oben auf der Agenda. Etwa Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen, Bibliothek und Musikschule sowie der Ausbau von Rad- und Fußwegen. „Zukunftstauglich unabdingbar sind der Ausbau der erneuerbaren Energien Sonne, Wind und Geothermie sowie Maßnahmen zum Schutz der Natur wie Biotopvernetzung und nachhaltige Waldbewirtschaftung“, so Ruth Birkle (Foto: Kornelia Birkle). Wichtig sei die Unterstützung der Wohnungsbau-gesellschaft und die Neuausrichtung von Bebauungsplänen für eine ökologisch sinnvolle Verdichtung und Aufstockung. Planungen wie der Neubau des Bahnhofsausgangs seien zu überdenken. Wichtige Projekte benötigen neben Investitionen ausreichend Personal. Erst die Freiwilligkeitsleistungen machen mit den ökologischen Um- baumaßnahmen aus einer Ansammlung von Häusern eine lebens- und liebenswerte Stadt.

der) sah für die kommenden Jahre zu viele dunkle Wolken aufziehen. „Wir sehen bei der Planung ab 2026 jährliche Defizite im Ergebnishaushalt von zehn Millionen und Kreditaufnahmen in unrealistischen Größenordnungen“, skizzierte er. Man müsse jetzt gegensteuern. Auch die Energiewende gebe es nicht zum Nulltarif. Die Stadtwerke werden Finanzspritzen benötigen, etwa beim Aufbau eines Fernwärmenetzes. Foos sah zudem bei der BTMV, sprich im Bürgerzentrum, einen Sanierungsstau. Für die Freien Wähler gehe der Transformationsprozess in der Verwaltung zu langsam voran. „Wir leben noch zu sehr in einer analogen Welt, obwohl viele Standardarbeiten Möglichkeiten der Rationalisierung bieten. Die Freien Wähler sind frustriert, dass unsere Stadtverwaltung die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“



**Roland Foos**  
Freie Wähler

Die Freien Wähler lehnten den Haushalt ab. Roland Foos (Foto: Sylvia Margran-



**Wolfgang Hirschberger**  
AfD

Die AfD-Fraktion lehnt den Haushaltsentwurf ab. Sie warnt vor einer Totalverschuldung. „Spätestens in drei Jahren werden wir finanziell nicht mehr handlungsfähig sein“, fürchtet Hirschberger (Foto: Vjeko Hirschberger). Er fordert einen Sparkurs. Er nennt als Beispiel „Transferteleistungen“ an die kirchlichen Kindergarten-Träger oder Investitionen in „ideologische Leuchtturmprojekte“ wie den Efeu-Campus und das Carsharing-Modell Zeo. Sie seien vor Jahren durch den Gemeinderat veranlasst und über die Jahre durch die OB forciert worden und kosteten den Steuerzahler jetzt richtig Geld. Auch die Ausgestaltung städtischer Flüchtlingsunterkünfte fällt der AfD zu großzügig aus. Hirschberger sieht hier Einsparpotenzial von bis zu 700.000 Euro, mit dem man Bürger entlasten könnte, etwa bei Gebühren. Kritisch sieht die AfD außerdem das stetig wachsende Personal.

drohenden Totalverschuldung. „Spätestens in drei Jahren werden wir finanziell nicht mehr handlungsfähig sein“, fürchtet Hirschberger (Foto: Vjeko Hirschberger). Er fordert einen Sparkurs. Er nennt als Beispiel „Transferteleistungen“ an die kirchlichen Kindergarten-Träger oder Investitionen in „ideologische Leuchtturmprojekte“ wie den Efeu-Campus und das Carsharing-Modell Zeo. Sie seien vor Jahren durch den Gemeinderat veranlasst und über die Jahre durch die OB forciert worden und kosteten den Steuerzahler jetzt richtig Geld. Auch die Ausgestaltung städtischer Flüchtlingsunterkünfte fällt der AfD zu großzügig aus. Hirschberger sieht hier Einsparpotenzial von bis zu 700.000 Euro, mit dem man Bürger entlasten könnte, etwa bei Gebühren. Kritisch sieht die AfD außerdem das stetig wachsende Personal.



**Thomas Lichtner**  
FDP Bürgerliste/ UWV

„Erfreulich ist, dass wir im vergangenen Haushalt höhere Einnahmen zur Verfügung hatten, als prognostiziert. Einkommens- und Umsatzsteuer sind auf hohem Niveau“, so Lichtner eingangs. Zu positiv sei man aber bei der Erstellung des Entwurfs für 2025 herangegangen. Die schwächelnde Konjunktur werde laut FDP für sinkende Steuern sorgen. Man steuere auf ein Schuldenloch zu, so Lichtner (Foto: FDP). „Dies ist weit entfernt von einer Bildung von Rücklagen, um kommenden Generationen Gestaltungsmöglichkeiten offenzuhalten.“ Seine Fraktion stehe aber hinter den Pflichtaufgaben, etwa die Sanierung der Realschule, die Erweiterung der Joß-Fritz-Schule oder den Hochwasserschutz. „Um eine Überschuldung zu vermeiden, sollten wir im Laufe des Jahres 2025 die Finanzierbarkeit von Freiwilligkeitsleistungen und hohen Standards überprüfen, ebenso wie geplante, aber noch nicht begonnene Projekte.“

## Bürgermeister Tony Löffler hört ein Jahr früher auf

Nach 15 Jahren Amtszeit tritt der fast 66-jährige Bürgermeister der Familie zuliebe vorzeitig zurück – wie geht es jetzt weiter?

Von Heike Schaub

**Ubstadt-Weiher.** Bürgermeister Tony Löffler (CDU) aus Ubstadt-Weiher gibt ein Jahr vor dem offiziellen Ende seiner Amtszeit seinen Posten als Bürgermeister ab.

In einer persönlichen Stellungnahme informierte er die Bürgerinnen und Bürger: „In eigener Sache möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass ich mich aufgrund persönlicher Umstände dazu entschieden habe, zum 1. August 2025 in den Ruhestand zu treten“, heißt es in der Mitteilung. Am 19. Dezember feiert Löffler seinen 66. Geburtstag.

Mittlerweile ist er auch Großvater einer Enkeltochter geworden. „Ich möchte jetzt mehr Zeit mit der Familie verbringen“, erzählt er im BNN-Gespräch. In der Vergangenheit habe er viel Freizeit für das Amt geopfert. Nun sei genug.

Weiter heißt es in der Mitteilung: „Das Amt des Bürgermeisters habe ich gerne ausgefüllt, es ist reizvoll, aber auch anspruchsvoll. 15 Jahre durfte ich meinen Beitrag für die Entwicklung von Ubstadt-

Weiher leisten. Jetzt ist es aber – so denke ich – Zeit, für Jüngere Platz zu machen.“

In Ubstadt-Weiher steht damit neben der Bundestagswahl am 23. Februar auch eine Bürgermeisterwahl an. Termin und Ablauf muss der Gemeinderat festlegen. Im Januar will Tony Löffler dazu einen Vorschlag unterbreiten. Die Bürgermeisterwahl wird noch vor der Sommerpause stattfinden, möglicherweise im Mai.

Oberbürgermeister- beziehungsweise Bürgermeisterwahlen wird es nächstes Jahr auch in Bruchsal und Forst geben. Voraussichtlich im Juli und im Späthjahr.

In den Rathäusern von Oberhausen-Rheinhausen und Forst sind in diesem Jahr Bürgermeister über Monate hinweg ausgefallen. Burn-out und Depression lauteten bei Manuel Scholl (parteilos) und Bernd Killinger (parteilos) die Diagnosen.

Die Amtsgeschäfte wurden von den jeweiligen ehrenamtlichen Stellvertretern geführt. Mittlerweile sind Scholl und Killinger nach einer Auszeit gestärkt wieder zurückgekehrt.

Tony Löffler wurde 2010 im zweiten Wahlgang zum Nachfolger von Helmut



Bürgermeister Tony Löffler hört früher als geplant aus persönlichen Gründen auf. Bürgermeisterwahlen sind vermutlich im Mai. Foto: Jonas Arbogast

Kritzer (CDU) gewählt. Kritzer hatte das Amt 24 Jahre lang bekleidet. Am 6. Mai 2018 wurde Tony Löffler mit 94,91 Prozent der Stimmen im ersten Wahlgang im Amt bestätigt. Vor der ersten Wahl zum Bürgermeister war er viele Jahre als Hauptamtsleiter in Ubstadt-Weiher tätig.

„Ich war immer gerne Bürgermeister“, so Löffler. Mit wenigen finanziellen Mitteln sei es gelungen, viel für die Gemeinde herauszuholen. Das Miteinander hat ihm dabei immer am Herzen gelegen, wie er im BNN-Gespräch bekennt. Im Gemeinderat und in Gesprächen mit den Menschen vor Ort.

In Ubstadt-Weiher ist er für seinen ausgleichenden Stil bekannt. „Mir war es immer wichtig, dass wir alle hinterher noch ein Bier trinken können“, so Löffler.

Die Herausforderungen während der Corona-Pandemie und durch den Ukrainekrieg habe die Gemeinde gut geregelt. Gerne wäre er auch schon etwas früher gegangen. Es habe etwas Zeit gebraucht, die Abläufe in der Verwaltung so zu regeln, dass nach der vorzeitigen Amtsaufgabe kein Chaos ausbreche.